

"Von der Planwirtschaft abgewickelt - von der Marktwirtschaft ausgemustert; ich bin arbeitslos und Du bist schuld"

Statement beim Montagspodium in der Kreuzkirche in Dresden, Juni 1991

In den mir verfügbaren 20 Minuten möchte ich die hier eben vorgestellten Erfahrungen eines Arbeitslosen, eines "abgewickelten" Betriebsrates und meine eigenen Erfahrungen als Vertreter einer katholischen Arbeitnehmerorganisation in Westdeutschland konfrontieren mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Ich werde also zunächst nicht die Realität bei Ihnen hier, auch nicht die Realität bei uns in Westdeutschland, sondern den Anspruch, den Idealtyp von sozialer Marktwirtschaft darstellen, mit dem sie sich politisch verkauft, auch bei Ihnen hier verkauft hat.

Zunächst etwas grundsätzliches: Wir verstehen Wirtschaft als das Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen, um mit Oswald von Nell-Breuning zu sprechen. Weil die Mittel für das menschenwürdige Leben knapp sind, werden sie bewirtschaftet, d. h. besonders sparsam verbraucht bzw. besonders effizient produziert. Dabei interessiert uns nicht nur das Ergebnis des Wirtschaftens in Form von Produkten und Dienstleistungen, auch der Wirtschaftsprozess selbst muß menschenwürdig sein, auch er selbst ist ein Mittel zur Selbstverwirklichung des Menschen. Mittel in diesem Sinne sind auch jene, die herkömmlich nicht über den Markt direkt vermittelt werden, also freie Zeit, menschliche Zuwendung in der Familie, Pflege innerhalb der Familie, die Produktion von Eßkultur, Wohnkultur usw.

Eine erste Schwäche der Marktwirtschaft ist also, daß sie diese wichtigen Produktionsbereiche, die in Westdeutschland allein, was die Leistung innerhalb der Familienhaushalte angeht, mit 68 % des Sozialproduktes beziffert werden, überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Damit gehen sie auch nicht in die gesellschaftliche Bewertung von Leistung ein, und damit werden auch die dort Tätigen, in Westdeutschland überwiegend die nichtbezahlten Familienfrauen, gesellschaftlich nicht zur Kenntnis genommen.

Die Wirtschaftsordnung soll den Produktionsprozess, mit dessen Hilfe die Knappheit dieser Güter beseitigt werden soll, so gestalten, daß er möglichst sparsam und effizient auf die knappen Güter hin verläuft. Sie soll insbesondere ein Informationssystem sein, wo die Güterversorgung knapp ist und Anreize vermitteln, gerade dort tätig zu werden. In der Marktwirtschaft geschieht dies über frei am Markt sich bildende Preise, die die Knappheit anzeigen und die die Produzenten in diese knappen Verwendungen hineinlocken. Leistung in der Marktwirtschaft ist also die Fähigkeit und die Bereitschaft, in diese knappen Bereiche einzusteigen. Das ist die innere Logik und Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung, daß sie durch Lenkung und Motivation der Produktivkräfte in die jeweils knappste Güterversorgung diese Knappheit beseitigt und damit Gewinne beseitigt, die nur dort und nur solange entstehen, wie die Güter knapp sind.

Das setzt natürlich freien Marktzugang voraus, auch gleiche Chancen. Wenn hier in den neuen Bundesländern einerseits Investitionen in diese Bereiche erschwert werden durch fehlende Genehmigungen, weil die Verwaltung noch nicht funktioniert, oder weil die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt sind, oder weil bisherige Unternehmer politisch diskreditiert sind, die neuen Unternehmer aus Ihren Ländern noch nicht soweit sind, dann kann das alles nicht so schnell funktionieren. Vor allem auch deswegen nicht, weil die Unternehmen aus dem Westen entweder noch zuwarten können oder immer schon da sind, bevor ein einheimischer Unternehmer sich rührt.

Zur Illustration dieses Problems möge ein Beispiel aus der Geschichte helfen: Als im 19. Jahrhundert die Engländer ähnliche Vorsprünge hatten gegenüber den Deutschen, waren die Engländer die großen Erfinder und Verteidiger des Freihandels, die Deutschen dagegen stehen theoriegeschichtlich für die Entstehung und Verteidigung der Schutzzolltheorien.

Vorsprünge dieser Art sind tödlich für den Wettbewerb. Es ist nicht überzogen ein Beispiel aus der entwicklungspolitischen Diskussion auch für Ihre Schwierigkeiten hier heranzuziehen: Das Beispiel jenes Bauern aus der Sahelzone, der resigniert mit seinem minderwertigen Reis vom Wochenmarkt nach Hause geht, nachdem dort eine wohlthätige Hilfsaktion teuren US-Reis umsonst verschenkt hatte. Dieser Bauer hatte trotz seiner immensen Anstrengung und seiner Bereitschaft zur Selbsthilfe keine Chance.

Die soziale Marktwirtschaft hat aus vergleichswisen Erfahrungen im 19. Jahrhundert und mit der Kriegswirtschaft des 20. Jahrhunderts die Konsequenzen gezogen, die Vorteile des Wettbewerbs und des Marktes überall dort zu nutzen, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Sie hat den Staat bei der Schaffung dieser Voraussetzungen und der Rahmenbedingungen aktiv mit einzusetzen. Soziale Marktwirtschaft meinte eine staatlich gestaltete Wirtschaftsordnung. Zu gestalten sind folgende 6 Elemente bzw. Politikbereiche, an denen entlang wir noch einmal die Schwächen der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern studieren können:

1. Der Staat hat Vertragsfreiheit, Privateigentum und Gewerbe- und Berufsfreiheit als institutionelle Voraussetzung der Marktwirtschaft zu garantieren. Privateigentum in diesem Zusammenhang meint, daß von zentralen Plänen unabhängige Unternehmen über die Produktionsmittel verfügen können, die sich im Vermögen von Privaten befinden. Das ist geradezu das Gegenteil von dem, was im Augenblick hier bei Ihnen mit Privatisierung geschieht.
2. Der Staat muß den Wettbewerb aktiv gestalten, d. h. Verbot von Konzentrationen, von unlauterem Wettbewerb, Entflechtung und Beseitigung von Macht, auch Öffnung der Zugänge zu Märkten, die teilweise durch ständegesellschaftliche Vorstellungen versperrt werden oder beispielsweise durch fehlende Zugänge zum Eigenkapitalmarkt, wie das bei uns in der gesamten mittelständischen Wirtschaft der Fall ist.
3. Der Staat hat für Arbeitsschutz zu sorgen, damit Personen und Güter nicht in Mitleidenschaft geraten. Gerade in Westdeutschland erleben wir zur Zeit das Infragestellen vieler Schutzvorschriften (Maschinenschutzgesetz, Unfallschutzvorschriften der Berufsgenossenschaften), durch die Bemühungen, die Bedingungen auf EG-Ebene zu harmonisieren.
4. Sozialpolitik. Es gibt Personengruppen, die noch nicht, vorübergehend nicht oder nicht mehr am Leistungswettbewerb teilnehmen können. Hier sind bei uns klassischerweise die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung zu nennen. Offen steht die Regelung des Pflegefallrisikos, das nicht weiterhin den Familien bzw. dem Sozialamt aufgelastet werden darf.
5. Die Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Ziele durch den Staat, weil diese nicht - auch theoretisch nicht - vom Markt erreicht werden können. Neben den bisherigen Zielen der Geldwertstabilität, des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, des angemessenen Wirtschaftswachstums sind besonders heute gravierend die Vollbeschäftigung und die Umweltpolitik. Es ist damit zu rechnen, daß die Probleme um die Vollbeschäftigung bei Ihnen und bei uns zu grundlegenden Reformen unserer Wirtschaftsordnung zwingen werden.
6. Die Tarifautonomie, die sich um die Anteile am Sozialprodukt zu kümmern hat und die dabei nicht ohne Wirkung auf andere Ziele bleibt. Insofern ist hier anzustreben,

daß in einem gesamtwirtschaftlichen Solidar- oder Stabilitätspakt mit dem Ziel von Vollbeschäftigung neue Strukturen gefunden werden.

Ich möchte 2 Defizitbereiche der bisher realisierten sozialen Marktwirtschaft bei uns besonders herausgreifen, weil ich denke, daß sie hier auch bei Ihnen für Probleme sorgen.

1. Unternehmensverfassung, Mitbestimmung und Eigentum. Es ist ein kulturfeindlicher Widersinn, wenn eine Privateigentumsordnung eingeführt wird, die den Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter den Füßen wegzieht. Privateigentum in der Marktwirtschaft heißt, daß von zentralen Plänen unabhängige Unternehmen über die Produktionsmittel verfügen können, nicht daß außenstehende frühere private Eigentümer dies verhindern. Damit ist nicht gesagt, daß private frühere Eigentümer keine vermögensmäßigen Ansprüche an Unternehmen haben, die ihnen früher gehört haben. Aber das Eigentum, d. h. die tatsächliche Herrschaft über Grund und Boden und über die Anlagen müssen beim Unternehmen liegen, diese müssen beliehen werden können, diese müssen notfalls verkauft bzw. gekauft werden können. Diese ganze Schwierigkeit hängt mit einer zweiten zusammen:

Es ist auch ein kulturfeindlicher Widersinn, daß Unternehmen primär als Bestandteil des privaten Unternehmerhaushalts gesehen werden und nicht als eigenständige Rechtsgröße. Vielleicht kann man dieses Problem am deutlichsten machen am Beispiel meiner eigenen Geschichte: Wir hatten zu Hause 40 Morgen Land und 7 Kinder. D. h. diese 40 Morgen werden durch 7 Kinder geteilt mit proKind 5 1/2 Morgen. Die Konsequenz: Dieser Betrieb existiert nicht mehr. Auch diese Art einer Privateigentumsordnung ist hinderlich für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesamtwirtschaftlichen Geschehen.

2. Volkswirtschaftlich gesehen gibt es nur eine Verschwendung, das ist die Arbeitslosigkeit. Wenn wir im kommenden Jahr nach Einschätzung der Arbeitgeberverbände in ganz Deutschland 5,5 Mio Arbeitslose haben werden, und wenn wir davon ausgehen, daß eine Erwerbsperson im Durchschnitt pro Jahr 60.000,- DM zum Sozialprodukt beiträgt, dann sind das 330 Mrd. DM im Jahr. 330 Mrd. DM an nicht genutzten Möglichkeiten, einen höheren Wohlstand zu erwirtschaften, mit denen wir z. B. Pflegeleistungen in Familien und Heimen bezahlen könnten, Doppelbelastungen von Eltern mit Kindern entschärfen könnten, mehr Freizeit produzieren könnten, usw. Vor allem könnten wir damit aber das hohe Gut der menschlichen Arbeit solidarisch mit allen anderen teilen.

Dies sind zwei Punkte, wo wir in Zukunft gemeinsam, West- und Ostdeutschland für eine gerechtere Gesellschaft eintreten können, um den eigentlichen sozialen Zielsetzungen einer sozialen Marktwirtschaft näher zu kommen. Das sind die gravierendsten Probleme, die wir in Westdeutschland auch noch nicht gelöst haben.

Die aktuellen Probleme hier müssen aber in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie haben nicht die soziale Marktwirtschaft als Idealtyp erhalten, Sie haben bestenfalls den sozialtemperierten Kapitalismus des Westens erhalten. Und Sie haben diesen Kapitalismus dadurch, daß die Währungsunion an den Anfang gesetzt wurde, noch bevor vom Staat die Funktionsvoraussetzungen einer Marktwirtschaft geschaffen werden konnten, eine ungünstigere Ausgangssituation erhalten. Das ist die Konsequenz daraus, daß Sie unbedingt die D-Mark haben wollten und die Politiker des Westens Ihnen da zu schnell nachgegeben haben.

Über Nacht sozusagen wurden Sie

- der weltweiten Konkurrenz ausgesetzt (Produktivitätsschock)
- mit Produkten dem Wettbewerbe unterworfen, die noch nicht einmal von Ihnen selbst mehr gekauft wurden (Produktschock)
- auch von den bisherigen Kunden im Stich gelassen, weil diese mit der harten D-Mark nicht mehr bezahlen konnten
- von den westlichen Investoren im Stich gelassen, weil für diese plötzlich die Kalkulationsgrundlagen früherer Investitionsvorhaben sich radikal verändert hatten.

Dieser Weg ist nicht umkehrbar. Sie können ihn, hoffentlich mit uns gemeinsam, nur noch sozialer und ökonomischer gestalten. Aus der Tradition der Arbeiterbewegung wissen wir, daß, wenn der Staat seine ordnenden Aufgaben nicht ausreichend wahrnimmt, den Unterlegenen und Schwachen nur der Aufbau von Gegenmacht hilft. Man kann also sagen, Wettbewerb und Märkte, soweit wie möglich und so intensiv wie möglich, er ist und bleibt auch unter dem Anspruch der Solidarität das effizienteste System. Dazu gehört aber auch das Einbeziehen der unternehmerischen Verantwortung, auch der Möglichkeiten der Kirchen, damit ausreichend Arbeitsplätze entstehen. Überall da, wo die Voraussetzungen für diesen chancengleichen Wettbewerb nicht gegeben sind, ist die ordnende Hand des Sozialstaates anzumahnen. Er hat seiner Verpflichtung gerecht zu werden, die Funktionsvoraussetzungen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, er ist der Letztverantwortliche für das Gemeinwohl. Dazu muß notfalls auch politischer Druck eingesetzt werden. Und als letztes Mittel bleibt den Unterlegenen, den Schwächeren die Gegenmacht, die in einer starken Arbeitnehmerbewegung ihren sichtbarsten Ausdruck findet.

--==++ooOOOoo++==--